

Wendt, Michael (510.1)

Von: Holtmann, Gerhard (166)
Gesendet: Mittwoch, 30. Mai 2012 14:04
An: Wendt, Michael (510.1)
Cc: Goldbeck, Wolfgang (230)
Betreff: WG: Betr. Angelegenheit Kita Kopernikusstraße

Von: Christina Rouvray [mailto:chriseliray@yahoo.de]
Gesendet: Freitag, 25. Mai 2012 13:50
An: detlef.knabe@web.de; m.krueger@t-online.de; fam-sauer@bitel.net; tal.wuensche@t-online.de
Cc: Holtmann, Gerhard (166)
Betreff: Betr. Angelegenheit Kita Kopernikusstraße

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren der Bezirksvertretung Schildesche,

der Einfachheit halber, versuche ich, Sie über die Fraktionsvorsitzenden – soweit die Emailadressen über das Rathaus online erhältlich sind – auf diesem Wege zu erreichen. Das scheint der direkteste Weg zu sein.

Ich möchte hiermit an die Sitzung der Bezirksversammlung am 26. April 2012 anknüpfen und sagen, dass ich es sehr begrüße, dass Sie alle sich nunmehr mit den von uns AnwohnerInnen schon mehrfach vorgetragenen inhaltlichen Gründen auseinandersetzen, die gegen den Standort der Kita Kopernikusstraße – jedenfalls in der bisher geplanten Form und v.a. Größe sprechen:

- Die bisher vorgesehenen Außenflächen sind einfach zu klein, um dem Bewegungsdrang und Bewegungsbedarf von (nun doch 60?) kleinen Kindern (über sowie unter drei Jahren) gerecht zu werden. Das würde die Qualität einer Betreuung von so vielen Kindern an diesem Standort erheblich beeinträchtigen.
- Eine Ballung von Kindertagesstätten in der unmittelbaren Umgebung scheint – und das kann ich nur nachdrücklich betonen – einfach nicht sinnvoll! Natürlich will ich nicht vorschlagen, dass ausschließlich da, wo jetzt gerade viele Familien mit kleinen Kindern leben, Kitas gebaut werden sollten. Diese Kinder sind spätestens in 3 – 5 Jahren schulpflichtig, sodass sich nach Fertigstellung der Neubauten die Situation ganz anders darstellen könnte. Das würde einer langfristigen Planung tatsächlich nicht gerecht. Aber wahllos loszugehen und jedes Flecken Erde im Eigentum der Stadt oder der BGW o.ä. in einem Schnellverfahren zu überbauen ohne die langfristigen Konsequenzen und weiteren Rahmenbedingungen an den einzelnen Standorten sorgfältig zu prüfen, scheint genauso sinnlos.

Mit dem Ausbau der Kindertagesstätten, um die Betreuung von unter dreijährigen Kindern zu gewährleisten setzen Sie doch nicht nur gesetzliche Vorgaben aus Angst vor den möglichen finanziellen Konsequenzen um (Stichwort drohende Regressansprüche) – jedenfalls hoffe ich das sehr. Sondern Sie nehmen wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben wahr: Es besteht unter Eltern ein großer Wunsch nach hochwertiger und wohnortnaher Kinderbetreuung. Dies hat gesellschaftspolitische und sozialpolitische Hintergründe: von Frühförderung für alle Kinder, um etwaigen sozialen Ungleichheiten zu begegnen, sowie dem Wunsch von Müttern UND Vätern, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können (sowohl aus finanziellen Zwängen, sowie v.a. auch einfach deshalb, weil sie die Wahl haben möchten, ihren gerne ausgeübten Beruf weiterzuführen!). Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung leisten Sie also einen Beitrag zum verfassungsrechtlichen Auftrag an den Staat der Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit aus Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG sowie dem Schutz der Familie aus Art. 6 GG.

Nicht zuletzt der demographische Wandel, der auf allen Ebenen der Politik nur schleppend Beachtung findet, macht es erforderlich, dass mehr Menschen – Frauen wie Männer, AkademikerInnen sowie FacharbeiterInnen und weniger gelernte Arbeitskräfte – ihre Arbeitskraft mehr in der (Volks-)Wirtschaft einbringen. Und das geht nur, wenn auch die Kinderbetreuung stimmt.

Der Wendepunkt in der gestrigen Sitzung, auch im Hinblick darauf, eine verbindliche Stellungnahme in Bezug auf die Verschiebung der Feuerwehrpömpel von der Straßenverkehrsbehörde abzuwarten, ist insoweit zu begrüßen.

Abschließend möchte ich noch einige wenige weitere Standorte für neue Kita-Bauten vorschlagen:

- der (städtische?) Lagerplatz am Wickenkamp (Einfahrt von der Schlosshofstr. Zum ehemaligen Schlosshof, aber auf der linken Straßenseite kurz vor Erreichen des Schlosshofgebäudes); dies liegt an einem der städtischen Grünstreifen und grenzt an eine Kleingartenanlage an – also sowohl für die Kinder, als auch für die bestehende „Nachbarschaft“ ein ideales Gelände (und mindestens so groß, wie die angedachte Fläche an der Kopernikusstr.)
- die Freifläche an der Drögestraße/ Ecke Brodhagen, welche kurz vor den Neubauten am Niederbrodhagen in einen Spielplatz übergeht.
- Über die Möglichkeit, den Standort der städtischen Kita Bültmannshof auszubauen, welche an ein Waldstück angrenzt, ist auch noch nichts zurückgemeldet worden.
- Freie oder evtl. bald wieder frei werdende Flächen in den Grünanlagen zwischen Max-Planck-Gymnasium und Bültmannshofschule oder z.B. direkt unterhalb der Bültmannshofschule in der Grünfläche an der Kurt-Schumacher-Str. (gegenüber des Polizeipräsidiums). Ggf. müsste hier logischerweise eine Kooperation mit oder Weitergabe dieser Vorschläge an die Bezirksvertretung Mitte erfolgen. Jedenfalls gehe ich davon aus, dass diese Betroffenheit des Bezirks Mitte kein Hindernis darstellt, falls bzw. insoweit diese Flächen nicht alle ausschließlich in den Bereich von Schildesche gehören. Schließlich müssten die Planungen zum Ausbau der Kinderbetreuung gesamtstädtisch gesehen werden und nicht an willkürlich gezogenen Grenzen von Stadtbezirken scheitern.

Ich bin überzeugt, dass sich auch im Gesamtgebiet des Bezirks Schildesche weitere Standortmöglichkeiten ergeben, wenn die öffentliche Verwaltung einfach mal einen Stadtplan zur Hand nimmt, die bestehenden Kitas einzeichnet und in den dazwischen liegenden, nunmehr eindeutig identifizierten Gebieten der Unterversorgung mit Kitaplätzen nach geeigneten Standorten sucht. Dies ist aus stadtplanerischen Gründen geboten, denn wenn – langfristig gesehen – eine flächendeckende Versorgung mit Kindertagesstätten herrscht, fühlt sich auch niemand mehr genötigt, wegen etwaiger schlechter oder besserer Kinderbetreuungsmöglichkeiten eine Wohngegend zu meiden bzw. in eine bestimmte Wohngegend zu ziehen.

Evtl. erforderliche Änderungen des Bebauungsplans sollten hierbei wahrlich nicht als Hinderungsgrund gesehen werden, sondern als Ansporn, diese Änderungen zeitnäher umzusetzen. Schließlich gehört der Immobilienservice der Stadt ebenso der öffentlichen Verwaltung an, wie das Jugendamt, dessen Leiter sehr darauf bedacht ist unnötige Kosten wegen Regressansprüchen zu vermeiden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Leitung des ISB sich der Pflicht des sinnvollen Wirtschaftens und des vernünftigen Umgangs mit knappen öffentlichen Ressourcen entziehen will;

Diese Ziele, keine Steuergelder zu verschwenden oder aus undurchsichtigen (persönlichen?) Befindlichkeiten als Blockierer dazustehen, müssen doch sicherlich auch Ihnen, den BezirksvertreterInnen, naheliegen.

Nochmal der abschließende Hinweis: Keine der AnwohnerInnen sind gegen eine Kita als

unmittelbare Nachbarn, im Gegenteil, dies wäre - mit Ausnahme des An- und Abfahrverkehrs - eine sehr angenehme Nachbarschaft. Die Vorbehalte bestehen ausschließlich in den bereits vorgetragenen Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Rouvray

Christina Rouvray
Kopernikusstr. 62
33613 Bielefeld
Tel: 0521 - 5218174

Wendt, Michael (510.1)

Von: Holtmann, Gerhard (166)
Gesendet: Donnerstag, 26. April 2012 12:03
An: Wendt, Michael (510.1)
Betreff: WG: Kita Kopernikusstr

Von: Albert Friedhoff [mailto:albertfriedhoff@yahoo.de]
Gesendet: Donnerstag, 26. April 2012 11:10
An: Holtmann, Gerhard (166)
Betreff: Kita Kopernikusstr

Sehr geehrter Herr Holtmann!

Ich bitte, dieses Schreiben an Herrn Knabe weiterzuleiten.

Ich habe mit einigen der Betroffenen über das Ergebnis des Ortstermines gesprochen. Die Entschärfung des Verkehrs wird nur als bedingt erreicht angesehen. Es wurde sofort auf das notwendige Türchen - oder Tor - im Bereich des Gebäudeeinganges hingewiesen, von dem über kurz oder lang eine Sogwirkung erwartet wird. Ich persönlich halte den Parkverkehr an den angedachten unteren Parkplätzen für so unübersichtlich - kein Wendehammer o.ä. -, dass sowieso auf die Kopernikusstraße mit direkter Abflußmöglichkeit ausgewichen werden wird. Die (Versetzung und) Beibehaltung der Pömpel wird allerdings von den sonstigen Betroffenen als notwendig erachtet.

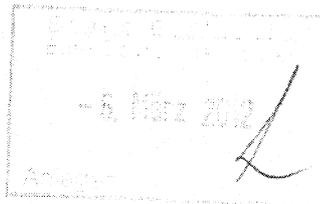
Die prekäre Verkehrslage wurde u. E. beim Ortstermin kleingeredet. Die Situation in der Straße war bezeichnend: Die Fahrzeuge angereister Fachleute parkten auf dem Bürgersteig und sogar gegen die Verkehrsrichtung. Politessen und der Stadtkämmerer hätten ihre helle Freude gehabt. Die zu erwartende Verweilzeiten - es soll doch niemand erwarten, das die Kinder abgeliefert werden und umgehend der Platz geräumt wird. Ich habe bislang nicht den Eindruck, dass mit Fachleuten aus dem Bereich der möglichen Betreiber beraten wurde.

Ich erinnere noch daran, dass die Kita an der Gustav-Freytag-Str. eine Erweiterung beantragt hat. Direkt gegenüber steht seit einem Jahrzehnt ein Ladenlokal leer, da könnte doch auch eine weitere Gruppe einziehen.

Nicht verhehlen möchte ich, dass die Resonanz unter den Anwohnern abnimmt, viele können aus beruflichen oder altersbedingten Gründen nicht, und es gibt durchaus unterschiedliche Meinungen. Dies besonders auch hinsichtlich alternativer Bebauung. Wir möchten nicht, dass wir nachher an allem Schuld sind, zumal ja wohl wenigstens das Zugeständnis seitens des Bauamtes eingeräumt ist, Carports in den bislang so empfindlichen Hinterhöfen zu errichten. (Hierfür bitte ich um Ihre Unterstützung, falls es denn nötig werden sollte.) Ich für meine Person möchte mich deshalb nicht weiter beteiligen. Allerdings gestatten Sie mir noch eine Bemerkung: Die Äußerung von Herrn Müller in der letzten Sitzung, alternativ die Garagenzeile mit Wohnungen für kinderreiche Familien zu bebauen, ist von betroffenen Teilnehmern als Drohung empfunden worden, das ist in Gesprächen deutlich geworden. Vielleicht haben Sie, Herr Knabe, als Bezirksbürgermeister doch eher mal Erfahrung und Gelegenheit, die mächtige BGW auf solches Gebaren aufmerksam zu machen.

Mit freundlichem Gruß
Albert Friedhoff

Stadt Bielefeld
Büro Oberbürgermeister
Beschwerdemanagement
 z.Hd. Herrn Dr. Stölner
 33597 Bielefeld



Bielefeld, 27.2.2012

Betreff: **Anregung/ Beschwerde nach § 24 Gemeindeordnung NRW**
Bezug: Umsetzung der bedarfsgerechten Planung der Tagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege, Drucksachen-Nr. 3571/2009-2014;
Planung bzgl. der Kindertageseinrichtung Kopernikusstraße

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir begrüßen, dass die Stadt Bielefeld sich verstärkt bemüht, auch die Betreuung von unter dreijährigen Kindern zu gewährleisten und damit die gesetzlichen Vorgaben umsetzen möchte. Als AnwohnerInnen der geplanten Kindertageseinrichtung Kopernikusstraße (Flurstück Nr. 855) sehen wir uns jedoch gezwungen, zu der bis jetzt bekannten Planung Stellung zu nehmen und im Wege der **Beschwerde bzw. Anregung nach § 24 Gemeindeordnung** Bedenken sowie Anregungen für die weitere Planung des Gesamtvorhabens vorzutragen.

1. Die geplante Anzahl von bis zu 60 (diese Zahl wurde auf der Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 16.2.2012 genannt) unter dreijährigen Kindern auf der vorgesehenen Grundstücksfläche scheint sehr hoch. Bleibt – nach Abzug der bebauten Fläche, einschl. der vier Parkplätze – überhaupt noch genug Platz auf dem Außengelände, damit so viele Kinder wirklich im Freien spielen können?
2. Bisher waren auf dieser Fläche sowohl Garagen als auch ein „Lagerplatz“. Was hier gelagert wurde ist uns im Einzelnen nicht bekannt. Aus unserer Sicht ist daher unklar, ob nach immissionsschutzrechtlichen Vorgaben auf diesem Grundstück tatsächlich die Einrichtung einer Kindertagesstätte möglich ist und sowohl die Kinder als auch die MitarbeiterInnen nicht gesundheitlichen Gefahren von Altlasten ausgesetzt sein könnten. Wie ist hier die tatsächliche Situation?
Wir regen an, die Eignung des Grundstücks auch unter diesen Aspekten zu prüfen.
3. Nach der Teilnahme an der Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 16.2.2012 sowie nach weiteren Gesprächen u.a. mit dem zuständigen Bauleiter von der BGW verstärkt sich der Eindruck, dass die an der Planung Beteiligten Stellen der öffentlichen Verwaltung und der BGW nicht ausreichend miteinander kommuniziert haben, keinerlei Austausch über Möglichkeiten und Grenzen der Planung stattgefunden hat und dies scheinbar auch in Zukunft nicht vorgesehen ist. Bei dem großen Gesamtpaket zur Ausweitung der Kinderbetreuung scheint dies sehr bedenklich. Naturgemäß betrachten alle Beteiligten nur ihren Bereich und erfüllen ihre Aufgaben pflichtgemäß. Dabei ist es jedoch möglich, dass der verengte Blick auf den eigenen Aufgabenbereich Probleme des Gesamtvorhabens nicht wahrnehmen kann. So hat das Jugendamt ausschließlich ein Auge auf die *Anzahl* der Plätze, die BGW will ihre bestehenden Grundstücke maximal gewinnbringend nutzen, der Immobilienservice hat allenfalls den Ausbau der bereits bestehenden Kita-Gebäude im Blick, das Bauamt prüft lediglich die baurechtliche Zulässigkeit der Baumaßnahmen. Natürlich ist es nachvollziehbar, dass die eigenen Aufgaben und Zuständigkeiten für diese Beteiligten jeweils im Vordergrund stehen; genauso ist denkbar, dass – jeweils für sich genommen – die einzelnen Prüfungen und Begutachtungen im Sinne der eingereichten Pläne beschlossen worden sind, sodass für diese Teilbereiche keine Bedenken aufgekommen sind oder Handlungsbedarf gesehen wurde.

Keiner scheint jedoch das Gelände und die jeweilige Umgebung untersucht zu haben, sonst wären sicherlich diverse Bedenken und Fragen aufgetreten.

Zum Beispiel hätte auffallen müssen, dass in der Umgebung bereits eine sehr hohe Dichte von Kindertagesstätten besteht, die teilweise nicht mal ganz ausgelastet sind. Dies könnte v.a. für die Kitas Bültmannshof und Kipps Hof zutreffen, die beide in Schildesche, teils in unmittelbarer Nähe zur geplanten Kita Kopernikusstraße liegen. Nur die Kita Gustav-Freytag-Straße (ca. 100 m

Luftlinie vom geplanten Neubau entfernt) scheint regelmäßig mehr Anmeldungen zu haben, als sie Kinder aufnehmen kann.

Wir möchten also anregen, dass die genannten Akteure (BGW, Jugendamt, Amt für Verkehr u.a.) gemeinsam die Angelegenheit besprechen **und** sich in Ortsterminen zu verschiedenen Tageszeiten mit der Situation in Bezug auf Parkraum und v.a. potentiell neuen Verkehrsaufkommen vertraut machen.

Außerdem wäre es sinnvoll, andere Möglichkeiten der Ausweitung von bestehenden Kitas ernsthaft zu prüfen, um den ermittelten Betreuungsbedarf zu decken.

Wir möchten daher anregen, dass detailliert geprüft wird, ob die Ausweitung der schon bestehenden Kita Bültmannshof und Kita Kipps Hof so gestaltet werden könnte, dass hier jeweils 20 – 30 zusätzliche U-3 Betreuungsplätze eingerichtet werden. Hier besteht bereits die erforderliche Infrastruktur zur Betreuung von kleinen Kindern, inklusive großer Außengelände beispielsweise an der Bültmannshof-Kita. Es stellt sich die Frage, ob z.B. konkret die Möglichkeit bedacht worden ist, dieses (derzeit ebenerdig eingeschossig gebaute) Gebäude einfach durch den An-/ Aufbau eines Obergeschosses (1. Obergeschoss) oder sonstiger Anbauten auszuweiten, sodass anstatt der vorgesehenen 10 neuen U-3-Plätze hier ca. 25 – 30 neue U-3-Betreuungsplätze geschaffen würden? Ähnliches könnte für die Kita Kipps Hof gelten, die eine ähnliche Bebauung aufweist und durch einen lohnenswerten Anbau anstatt der 10 vorgesehenen Plätze vielleicht auch 25 – 30 Kinder aufnehmen könnte. Dies wäre evtl. auch kostengünstiger als ein riesiger Neubau in der Kopernikusstraße. Zudem hätten Eltern wie Kinder den Vorteil, beim Erreichen des 3. Geburtstages im selben Haus bleiben zu können, was eine weitere Eingewöhnung überflüssig macht und gleichzeitig praktische Bedeutung haben kann, wenn z.B. ein Kind unter drei und eins (oder mehr) über 3 Jahre alt ist und daher in verschiedene Einrichtungen gebracht werden müssten.

In der Sitzung der Sitzung der Bezirksvertretung am 16.2.2012 ist mehrfach der hohe Betreuungsbedarf wegen der Nähe zur Universität/ Fachhochschule genannt worden.

Inwiefern ist denn bedacht worden, dass der Kirchenkreis Bielefeld (insbes. Matthäus-Gemeinde), der schon jetzt die Uni-Betriebskita betreibt, einen erheblichen Ausbau von Betreuungsplätzen am jetzigen Standort an der Jakob-Kaiser-Straße 2c plant, der einen großen Anteil des angeblich universitätsbedingten Bedarfes auffangen wird?

Inwiefern ist die Möglichkeit angedacht worden, im Rahmen der Campus-Neugestaltung an der Langen Lage eine Kindertagesstätte auf dem Gelände einzurichten?

Auch in Bezug hierauf regen wir an, Gespräche mit und unter den verantwortlichen Akteuren bzw. Trägern usw. aufzunehmen.

4. Schließlich halten wir es für sehr bedenklich, dass die Straßenverkehrsbehörden bis jetzt nicht einbezogen worden sind und dies auch nicht vorgesehen ist. Sonst wäre die schlechte Erreichbarkeit des Grundstücks in der Kopernikusstraße längst aufgefallen und es wäre somit nicht oder nicht für eine so große Einrichtung in Betracht gezogen worden.

Zum Hintergrund:

Wegen des in diesem Gebiet herrschenden Einbahnstraßensystems ist das vorgesehene Grundstück mit dem PKW von der Schlosshofstraße aus ausschließlich über die Gustav-Freytag-Straße (Einbahnstraße) oder von der Gerhardt-Hauptmann-Straße aus über die sehr schmale Kopernikusstraße zu erreichen; verlassen kann man dieses Gelände (über die Kopernikus- bzw. Gustav-Freytag-Str.) ausschließlich zur Gerhardt-Hauptmann-Straße hin. Lediglich zu Fuß oder mit dem Fahrrad kann das Grundstück direkt über einen Stichweg von der Schlosshofstraße erreicht werden. Dies stellt die besonders enge Kopernikusstraße und auch deren Anwohnerinnen und Anwohner vor erhebliche Verkehrsprobleme. Da bis auf wenige Stellen der Kopernikusstraße ein Parkverbot bzw. unmittelbar vor dem geplanten Kita-Gelände ein absolutes Halteverbot besteht, stellt sich die Frage, wo die Familien beim Bringen und Abholen der Kinder halten können. Die Straße ist hier so schmal, dass kaum zwei Wagen aneinander vorbeikommen, wenn hier kurzzeitig rechtswidrig gehalten wird, ist die Straße jeweils nur in eine Richtung befahrbar. Dies verschärft sich zunehmend, wenn die Müllwagen hier durchfahren, was regelmäßig nur durch Überfahren des Bürgersteigs noch zu realisieren ist. Im Winter wird weder die Kopernikusstraße noch die Gustav-Freytag-Straße von Schnee geräumt und auch im restlichen Jahr nicht gereinigt, denn die entsprechenden Fahrzeuge kommen wegen der – sowohl rechtmäßig als auch zwangsläufig rechtswidrig geparkten – Fahrzeuge am Straßenrand nicht durch.

Zudem bestünde – im Falle des vorgesehenen Kita-Baus – wegen der vielen am Rand haltenden Wagen und Fahrzeuge, die umeinander herum rangieren müssen, eine erhöhte Gefahr für die Kita-Kinder, die beim Bringen oder Abholen evtl. plötzlich auf die Straße laufen könnten.

Außerdem bringen wir zu Bedenken, dass auch die dort wohnenden (Klein-)Kinder geschützt werden sollten und aus oben genannten Gründen ebenfalls unter einer vermehrten Verkehrsbelastung leiden würden.

So wünschenswert es wäre, dass möglichst viele Familien ihre Kinder zu Fuß/ mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad brächten, so unwahrscheinlich ist es, dass viele Familien dies tun werden (können). Schließlich bringen die Eltern ihre Kinder in der Regel auf dem Weg zur Arbeit in die Kita bzw. Holen sie auf dem Heimweg ab, sodass es davon abhängt, wo die jeweilige Arbeitsstelle ist, ob dieser Weg täglich mit dem PKW oder anderen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden kann. Allenfalls diejenigen, die ihre Arbeitsstelle **und** ihre Wohnung auch mit der Buslinie 25/26 oder dem Fahrrad erreichen können, werden realistischerweise auf ihren PKW verzichten. Soweit bekannt, sind jedenfalls maximal vier Stellplätze vorgesehen, welche schon für die MitarbeiterInnen nicht ausreichen dürften.

Wie soll dieses Problem gelöst werden?

Nicht zuletzt wegen der „privaten“ Atmosphäre einer kleinen Seitenstraße sind in den letzten Jahren mehrere Familien mit kleinen Kindern in diese Straße bzw. die Gustav-Freytag-Straße gezogen und haben hier Einfamilienhäuser erworben. Bisher konnten die Eltern hier am Straßenrand beobachten und begleiten, wie ihre Kinder Bobbycar fahren und Fahrrad fahren (lernen) und nebenbei die Nachbarschaftskontakte pflegen. Mit einer öffentlichen Einrichtung am Ende der Straße, die von bis zu 60 Familien genutzt wird, wird dieser Charakter vollkommen aufgehoben.

Zur Verkehrssituation ist ferner die konkrete Gefahr zu berücksichtigen, dass Notfalldienste – sowohl Feuerwehr als auch Krankenwagen – wegen der untragbaren Verkehrssituation eventuelle Notfälle nicht erreichen. Dieses Risiko kann den BezirksvertreterInnen und der öffentlichen Verwaltung nicht gleichgültig sein.

Wir regen an, die Planung für eine Kita Kopernikusstraße auch in dieser Hinsicht zu überprüfen und ggf. wenigstens zu verkleinern, um die Risiken und allseitigen Belastungen zu reduzieren.

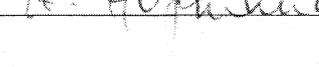
All diese Fragen konnten in der Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 16.02.2012 nicht zufrieden stellend beantwortet werden.

Wir fordern die zuständigen BezirksvertreterInnen bzw. die VertreterInnen des Beschwerdeausschusses auf, sich ernsthaft und ausführlich mit diesen Fragen zu befassen. Der Antwort sehen wir erwartungsvoll entgegen.

Mit freundlichen Grüßen


Christina Rouvray

Folgende Personen unterstützen dieses Anliegen:

Patrick Edwards	Gustav-Freytag-Str. 29, 33613 Bi	
Jindra Edwards	Gustav-Freytag Str. 29, 33613 Bi	
Anja-C. Starke	Kopernikusstr. 64, 33613 Bi	
Oliver Rouvray	Kopernikusstr. 62, 33613 Bi	
Kweli Hofmann	Kopernikusstr. 68, 33613 Bi	

Kopien an: Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH



Albert Friedhoff, Gustav-Freytag-Str. 25c, 33613 Bielefeld

An den Rat der Stadt Bielefeld / die Mitglieder der Bezirksvertretung Schildesche
über den Bezirksbürgermeister Schildesche Herrn Detlef Knabe

sowie Sonstige nachrichtlich im Verteiler

**Beschwerde/Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung zum Thema: Neubau einer Kita für
Kinder unter 3 Jahren an der Kopernikusstr. in 33613 Bielefeld**

Sehr geehrte Damen und Herren!

**Ich schreibe Ihnen diesen Brief in Abstimmung und im Auftrag der in der Anlage mit
Unterschrift genannten Anwohner, damit für Sie eine Kontaktadresse existiert.**

„In der Kopernikusstraße in Gellershagen ist der Neubau einer Kita für Kinder unter 3 Jahren mit etwa 50 Plätzen geplant.

Im Nachgang zu den mündlichen Einsprüchen in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 16. Februar 2012 erheben wir, die unterzeichneten Bürgerinnen und Bürger des Siedlungsgebietes zwischen Kopernikus- und Gustav-Freytag-Str. schriftlich Einspruch gegen die geplante Neubaumaßnahme einer Kita. Wir betonen, dass sich der Einspruch nicht gegen eine Kita als solche richtet und kein Thema wäre, wenn die Kopernikusstraße um 2 m breiter wäre.

Als unmittelbar Betroffene einer gravierenden Baumaßnahme sind wir über deren Art und Umfang in keiner Weise informiert worden. Die Bebauung in diesem Gebiet stammt aus den fünfziger Jahren und ist mit den Mietshäusern und den inzwischen privatisierten Reihenhäusern der Ravensberger Heimstätte sehr eng angelegt. Damals war auch das erhöhte Verkehrsaufkommen der folgenden Jahrzehnte in keiner Weise zu ahnen.

Die Folgen sind heute (besonders auch im betroffenen Bereich der Kopernikusstr.): massiver Parkraumangel, keine angemessene Straßenreinigung/Winterdienst, eingeschränkte Manövrierfähigkeit für Großfahrzeuge wie Müllabfuhr, gelegentlichen Lieferverkehr oder im Notfall Feuerwehr oder Krankenwagen.

In diese bereits jetzt schon zugespitzte Verkehrssituation hinein würden durch den geplanten Kita-Neubau weitere Erschwernisse gesetzt. Durch den Abriss der Garagen auf dem zu verplanenden Gelände der BGW drängen zusätzlich ca. 15 Fahrzeuge in den öffentlichen Parkraum, wobei uns durchaus bewusst ist, dass wir hier keine Bestandsgarantie haben. Trotzdem ist es so. Der vorhandene Parkraum an der Gustav-Freytag- und ihren Nebenstraßen kann wohl nicht nur nicht erweitert werden - Stellplätze zwischen den Reihenhäusern sind mit Grund auch nicht genehmigungsfähig - sondern wird weiter verdichtet, besonders auch durch den Bedarf der Baumaßnahme selbst, die dadurch natürlich auf das gesamte Gebiet ausstrahlt.

Im Bauplan, der uns noch nicht zugänglich war, sind wohl 4 Stellplätze für den Bau zu finden. Diese Plätze sind bereits nur für das Stammpersonal der Kita - 7 ErzieherInnen - völlig ungenügend. Den Fahrbetrieb für das Bringen und Abholen von 50 Kleinstkindern können wir uns in keiner Weise vorstellen. Durch die Enge der Straße, die parkenden Fahrzeuge und die daraus resultierende Unübersichtlichkeit ist die Sicherheit der ein- und aussteigenden Personen gefährdet. Das Risiko von Personen- und Sachschäden wird erhöht. Auch unser eigenes - siehe oben notwendiger Einsatz von Großfahrzeugen besonders im Gefahrenfall!
Es lohnt sich, als Beleg die zeitweise chaotischen Zustände an Bordstein und auf Bürgersteig am Kindergarten an der Gustav-Freytag-Str. zu beobachten. Die ist immerhin noch eine gerade Einbahnstraße.

In der Sitzung vom 16.2.12 wurde erklärt, dass der Bauplatz baurechtlich und umweltrechtlich auf Eignung positiv geprüft worden ist. Die Eignung unter Gesichtspunkten einer sicheren Infrastruktur ist unserem Eindruck nach nicht bedacht worden. Die nächsten verkehrsberuhigenden Maßnahmen sind schon vorprogrammiert.

Das Gelände mag mit seiner Garagenbebauung und Material-Lagerplatz unergiebig und besser mit einem der Umgebung angemessenen Wohnneubau bewirtschaftet werden. In diese Enge aber den geplanten Kita-Betrieb hineinzusetzen, sehen wir als verfehlt an. Es gibt bestimmt Grundstücke in Schildesche, die einen sicheren und reibungsärmeren Ablauf gewährleisten würden.

Wir sind bislang in die Planungen nicht einbezogen worden und haben eigentlich von dem erheblichen Eingriff in unsere unmittelbare Umgebung nur durch Zufall erfahren. Lt. Auskunft des Bauamtes sind Planungen kürzlich vorgelegt worden. Den Bezirksvertretern hat in der Tischvorlage bereits so etwas wie ein Bebauungsplan/Skizze vorgelegen. Wir wundern uns schon, dass dieser nicht zu unseren Bedenken herangezogen wurde, vielleicht hätte sich einiges von selbst erledigt.

Der Unterzeichner dieses Schreibens hat unmittelbar vor dessen Fertigstellung in der ~~GBW~~ ^{BGW} vorgeschrieben, um die Möglichkeit zu erkunden, durch Einsicht in die Baupläne für die Anwohner gesicherte Diskussionsgrundlagen - kein Hörensagen! - zu erhalten. Dieses Ansinnen durch eine Einzelperson wurde abgelehnt, und zwar nicht zum erste Mal. Es müssen sich also noch andere Bürger außer den Unterzeichnern unserer Liste durch den Neubau betroffen fühlen, wahrscheinlich aus den sonstigen Querstraßen.

Diese mangelnde Informationspolitik ist uns unverständlich, und wir beantragen deshalb einen kurzfristigen öffentlich gemachten Termin mit dem Bauträger und sonstigen Verantwortlichen. Falls in Hinsicht auf eine zwar nicht beruhigte, jedoch sichere Verkehrsführung mit geplant wurde, sollte man uns das darlegen; aber derzeit müssen wir aus den genannten Gründen leider beantragen, seitens der Bezirksvertretung der Errichtung einer Kita an der geplanten Stelle nicht zuzustimmen.“

In der Hoffnung, dass die Meinung der Anwohner vor Ort Gewicht hat, verbleibe ich im Namen der Unterzeichner beigefügten Liste mit freundlichem Gruß

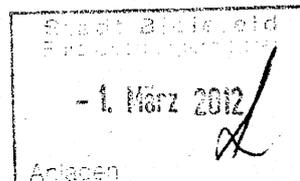
i. A. 

Bielefeld, 24.2.2012

Anlage zur Ausfertigung für Herrn Knabe:
Unterschriftenliste mit Nennungen aus 24 Haushalten

Nachrichtlich an: Bauamt der Stadt Bielefeld, Herrn Kittner
Beschwerdemanagement der Stadt Bielefeld, Herrn Fliege
Geschäftsführung der BGW Bielefeld
Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld
Neue Westfälische in Bezug auf den veröffentlichten Bericht von der Sitzung vom 16.2.12

Albert Friedhoff, Gustav-Freytag-Str. 25c, 33613 Bielefeld



W. Thies

An den Rat der Stadt Bielefeld / die Mitglieder der Bezirksvertretung Schildesche
über den Bezirksbürgermeister Schildesche Herrn Detlef Knabe

sowie Sonstige nachrichtlich im Verteiler

Beschwerde/Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung zum Thema: Neubau einer Kita für Kinder unter 3 Jahren an der Kopernikusstr. in 33613 Bielefeld

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich schreibe Ihnen diesen Brief in Abstimmung und im Auftrag der in der Anlage mit Unterschrift genannten Anwohner, damit für Sie eine Kontaktadresse existiert.

„In der Kopernikusstraße in Gellershagen ist der Neubau einer Kita für Kinder unter 3 Jahren mit etwa 50 Plätzen geplant.

Im Nachgang zu den mündlichen Einsprüchen in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 16. Februar 2012 erheben wir, die unterzeichneten Bürgerinnen und Bürger des Siedlungsgebietes zwischen Kopernikus- und Gustav-Freytag-Str. schriftlich Einspruch gegen die geplante Neubaumaßnahme einer Kita. Wir betonen, dass sich der Einspruch nicht gegen eine Kita als solche richtet und kein Thema wäre, wenn die Kopernikusstraße um 2 m breiter wäre.

Als unmittelbar Betroffene einer gravierenden Baumaßnahme sind wir über deren Art und Umfang in keiner Weise informiert worden. Die Bebauung in diesem Gebiet stammt aus den fünfziger Jahren und ist mit den Mietshäusern und den inzwischen privatisierten Reihenhäusern der Ravensberger Heimstätte sehr eng angelegt. Damals war auch das erhöhte Verkehrsaufkommen der folgenden Jahrzehnte in keiner Weise zu ahnen.

Die Folgen sind heute (besonders auch im betroffenen Bereich der Kopernikusstr.): massiver Parkraummangel, keine angemessene Straßenreinigung/Winterdienst, eingeschränkte Manövrierfähigkeit für Großfahrzeuge wie Müllabfuhr, gelegentlichen Lieferverkehr oder im Notfall Feuerwehr oder Krankenwagen.

In diese bereits jetzt schon zugespitzte Verkehrssituation hinein würden durch den geplanten Kita-Neubau weitere Erschwernisse gesetzt. Durch den Abriss der Garagen auf dem zu verplanenden Gelände der BGW drängen zusätzlich ca. 15 Fahrzeuge in den öffentlichen Parkraum, wobei uns durchaus bewusst ist, dass wir hier keine Bestandsgarantie haben. Trotzdem ist es so. Der vorhandene Parkraum an der Gustav-Freytag- und ihren Nebenstraßen kann wohl nicht nur nicht erweitert werden - Stellplätze zwischen den Reihenhäusern sind mit Grund auch nicht genehmigungsfähig - sondern wird weiter verdichtet, besonders auch durch den Bedarf der Baumaßnahme selbst, die dadurch natürlich auf das gesamte Gebiet ausstrahlt.

Im Bauplan, der uns noch nicht zugänglich war, sind wohl 4 Stellplätze für den Bau zu finden. Diese Plätze sind bereits nur für das Stammpersonal der Kita - 7 ErzieherInnen - völlig ungenügend. Den Fahrbetrieb für das Bringen und Abholen von 50 Kleinstkindern können wir uns in keiner Weise vorstellen. Durch die Enge der Straße, die parkenden Fahrzeuge und die daraus resultierende Unübersichtlichkeit ist die Sicherheit der ein- und aussteigenden Personen gefährdet. Das Risiko von Personen- und Sachschäden wird erhöht. Auch unser eigenes - siehe oben notwendiger Einsatz von Großfahrzeugen besonders im Gefahrenfall!

Es lohnt sich, als Beleg die zeitweise chaotischen Zustände an Bordstein und auf Bürgersteig am Kindergarten an der Gustav-Freytag-Str. zu beobachten. Die ist immerhin noch eine gerade Einbahnstraße.

In der Sitzung vom 16.2.12 wurde erklärt, dass der Bauplatz baurechtlich und umweltrechtlich auf Eignung positiv geprüft worden ist. Die Eignung unter Gesichtspunkten einer sicheren Infrastruktur ist unserem Eindruck nach nicht bedacht worden. Die nächsten verkehrsberuhigenden Maßnahmen sind schon vorprogrammiert.

Das Gelände mag mit seiner Garagenbebauung und Material-Lagerplatz unergiebig und besser mit einem der Umgebung angemessenen Wohnneubau bewirtschaftet werden. In diese Enge aber den geplanten Kita-Betrieb hineinzusetzen, sehen wir als verfehlt an. Es gibt bestimmt Grundstücke in Schildesche, die einen sicheren und reibungsärmeren Ablauf gewährleisten würden.

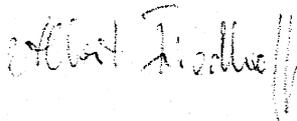
Wir sind bislang in die Planungen nicht einbezogen worden und haben eigentlich von dem erheblichen Eingriff in unsere unmittelbare Umgebung nur durch Zufall erfahren. Lt. Auskunft des Bauamtes sind Planungen kürzlich vorgelegt worden. Den Bezirksvertretern hat in der Tischvorlage bereits so etwas wie ein Bebauungsplan/Skizze vorgelegen. Wir wundern uns schon, dass dieser nicht zu unseren Bedenken herangezogen wurde, vielleicht hätte sich einiges von selbst erledigt.

Der Unterzeichner dieses Schreibens hat unmittelbar vor dessen Fertigstellung in der ~~OBW~~ **BGW** vorgeschrieben, um die Möglichkeit zu erkunden, durch Einsicht in die Baupläne für die Anwohner gesicherte Diskussionsgrundlagen - kein Hörensagen! - zu erhalten. Dieses Ansinnen durch eine Einzelperson wurde abgelehnt, und zwar nicht zum erste Mal. Es müssen sich also noch andere Bürger außer den Unterzeichnern unserer Liste durch den Neubau betroffen fühlen, wahrscheinlich aus den sonstigen Querstraßen.

Diese mangelnde Informationspolitik ist uns unverständlich, und wir beantragen deshalb einen kurzfristigen öffentlich gemachten Termin mit dem Bauträger und sonstigen Verantwortlichen. Falls in Hinsicht auf eine zwar nicht beruhigte, jedoch sichere Verkehrsführung mit geplant wurde, sollte man uns das darlegen; aber derzeit müssen wir aus den genannten Gründen leider beantragen, seitens der Bezirksvertretung der Errichtung einer Kita an der geplanten Stelle nicht zuzustimmen."

In der Hoffnung, dass die Meinung der Anwohner vor Ort Gewicht hat, verbleibe ich im Namen der Unterzeichner beigefügten Liste mit freundlichem Gruß

i. A.



Bielefeld, 24.2.2012

Anlage zur Ausfertigung für Herrn Knabe:
Unterschriftenliste mit Nennungen aus 24 Haushalten

Nachrichtlich an: Bauamt der Stadt Bielefeld, Herrn Kittner
Beschwerdemanagement der Stadt Bielefeld, Herrn Fliege
Geschäftsführung der BGW Bielefeld
Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld
Neue Westfälische in Bezug auf den veröffentlichten Bericht von der Sitzung vom 16.2.12